



Berlin, 25. April 2013

GdP zur Entwicklung der Drogenkriminalität Witthaut: Kampf gegen Drogenkriminalität grenzüberschreitend führen

Berlin. Die besorgniserregende Zunahme der Drogenkriminalität erfordert nach Auffassung der Gewerkschaft der Polizei (GdP) international abgestimmte Bekämpfungsstrategien. Vor allem die erneut drastischen Steigerungen bei der sichergestellten Menge (88 Prozent mehr als im Vorjahr) und der Erstkonsumentenzahl (ein Plus von 51 Prozent) kristalliner Methamfetamine, so insbesondere Crystal Meth, verdeutlichen, dass hoch kriminelle Hersteller und Schmuggler die gelockerten Grenzkontrollen in Europa ausnutzten, um ihre Märkte mit Drogen zu überschwemmen. GdP-Bundesvorsitzender Bernhard Witthaut: „Der Kampf gegen die organisierte Rauschgiftkriminalität muss von den Polizeien Europas gemeinsam geführt werden.“

Rauschgiftkriminalität, so Witthaut weiter, sei ein Kontrolldelikt. Die Polizei und der Zoll müssten den Druck auf die Hintermänner des Drogengeschäfts hoch halten können. Dabei setze der Ermittlungsdruck schon bei den Drogen-Konsumenten an. Eine effektive Bekämpfung der organisierten Drogenkriminalität sei indes nur möglich, wenn die Polizei und der Zoll über ausreichende Ressourcen verfügten. Witthaut: „Nicht nur bei der Bundespolizei, sondern auch in den Fachdienststellen der Landeskriminalämter, Polizeidirektionen und der Zollbehörden darf am Personal nicht gespart werden. Wer das weiterhin tut, hält die Tür für die Drogenkriminellen weit offen.“

Der GdP-Bundesvorsitzende Witthaut erteilte Forderungen nach einer Legalisierung von Cannabis in Deutschland eine Absage. Cannabis werde zu Unrecht als harmlos dargestellt. Moderne Züchtungen erzielten eine stetige Erhöhung des Wirkstoffgehalts Tetrahydrocannabinol (THC). Witthaut: „Bei Konsumenten erhöht sich die Gefahr einer Schädigung des Gehirns. Insbesondere die Entwicklung von Jugendlichen kann bedrohlich beeinträchtigt werden.“

Witthaut forderte, an den wirkungsvollen Aufklärungsinitiativen in den Schulen festzuhalten. Dort werde auch klar gestellt, dass die landläufig verbreitete Meinung nach dem legalen Besitz von Cannabis falsch sei. Der GdP-Bundesvorsitzende: „Die Gewerkschaft der Polizei hält es angesichts der hohen Risiken, die in regelmäßigem Cannabiskonsum liegen, für unabdingbar, das richtige gesellschaftliche Signal zu setzen. Die Freigabe von Cannabis ist genau das falsche.“